№ 62. Abendblatt.
Donnerstag, 6. Februar.

Die „Volks-Zeitung" erscheint täglich zwei Mal — Morgens und Abends — mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Chef-Redakteur: Karl Wallrath in Berlin.
Redaktion und Haupt-Expedition: W. Lützowstraße 105.
Annahmestellen für Abonnements u. Inserate: W. Kronenstraße 46, O. Gr. Frankfurter Str. 87, SO. Kottbuser Str. 1, S. Kommandantenstr. 33, N. Chausseestr. 67, C. Neue Schönhauserstr. 5.
Druck und Verlag: „Gutenberg", Actien-Ges. Berlin W., Lützowstraße 105.

Volks-Zeitung.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Gratis-Beilage: „Gutenberg's Illustrirtes Sonntagsblatt."

Berlin.
1902. — 50. Jahrgang.

Abonnementspreis für Berlin:
Vierteljährlich zwei Mal täglich zugestellt 4,50 M.
nur Morgens „ 4,— „
Monatlich zwei Mal täglich „ 1,50 „
nur Morgens „ 1,35 „
Wöchentlich 35 Pfennig.
Beim Selbstabholen aus der Expedition: Quartal 3,25 M., Monat 1,10 M., Woche 30 Pf.
Einzelne Nummer: 10 Pfennig.
Bei allen Deutschen Postanstalten: pro Quartal 4,50 M., monatlich 1,50 M.

Insertionsgebühr:
Für die gewöhnliche Zeile 40 Pfennig.

Sie lenken ein.

Der Rückzug der Konservativen im Zolltarifkampfe beginnt; der Appell des Herrn v. Zedlitz hat gewirkt. Das offizielle Organ der konservativen Partei, die „Kons. Korr.", fordert zum Frieden mit der Regierung auf, indem sie schreibt:

Im übrigen haben wir den Wunsch, daß die Kommissionsberathungen mit möglichst wenig Anträgen belastet und daß nur solche Anträge eingebracht werden möchten, über welche die Mehrheit sich von vornherein verständigt und Fühlung mit der Regierung gewonnen hat. Diese Fühlungnahme ist es denn auch, auf welche unserer Meinung nach die Note der „Norddeutschen Allgem. Ztg." hinzielt . . . Ohne Zweifel kann auch im Anschluß an die offiziöse Note in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" festgestellt werden, daß die tariffreundlichen Parteien grundsätzlich auf dem Boden der Vorlage verharren und den festen Willen haben, auf dieser Grundlage eine Einigung herbeizuführen. Es ist zu hoffen, daß es auch die verbündeten Regierungen behufs Erzielung eines allerseits annehmbaren Ergebnisses an Entgegenkommen nicht fehlen lassen werden.

Man will also unter vorläufiger Ausschaltung des extremen Landbündlerthums (wie es die offiziöse Münchener „Allg. Ztg." gewünscht hat) versuchen, unter der Hand und unter dem Siegel der Verschwiegenheit das an Erhöhungen der Sätze des Entwurfes von der Regierung herauszuschlagen, was sich erzielen läßt, und wenn es auch nur wenig ist. Zwar wird offiziös noch versichert, der Bundesrath sei entschlossen, über die vorgeschlagenen Mindestzollsätze für Getreide unter keinen Umständen hinauszugehen. Wo noch Zweifel an dieser Thatsache bestehen sollten, dürfte durch weitere autorisirte Kundgebungen für völlige Klarheit gesorgt werden. Und die Münchener „Allgemeine Zeitung" bemerkt:

Für ihr weitgehendes Entgegenkommen in den Fragen des Zollschutzes dürfen die Regierungen wohl erwarten, daß die positiv gerichteten Vertreter der agrarischen Interessen durch Annahme der Vorlage Gelegenheit geben, Erfahrungen darüber zu sammeln, wie sich die Verhältnisse der Landwirthschaft unter der Herrschaft des neuen Tarifs weiter entwickeln.

Alle diese Betonungen schließen aber nicht aus, daß die Regierungen den Agrariern noch weitere „mäßige" Erhöhungen zugestehen, wie es anderseits durchaus nicht zu den Unmöglichkeiten gehört, daß die Führer des Bundes der Landwirthe nach der großen landwirthschaftlichen Woche, wenn sie sich in Sicherheit befinden, erklären: Wir weichen dem Zwange und geben es auf, einen aussichtslosen Kampf zu kämpfen. Damit würden sich die Herren mit dem großen Sprechanismus zwar recht kläglig blamiren, aber gleichzeitig sich die schöne Gelegenheit erhalten, weiter beweglich über die „schlechte Behandlung" der Landwirthschaft zu jammern, und das ist doch auch etwas werth.

Wenn aber die Sache sich so entwickelt hat, dann erst recht wird es Aufgabe der Linken sein, aufs neue kräftig den Kampf gegen den Brotwucher wieder aufzunehmen.

Zurück mit den Pekinger Instrumenten! Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß in ihrer Mittwoch-Sitzung, zur zweiten Lesung des Etats des Auswärtigen Amtes folgende Resolution einzubringen:

Der Reichstag wolle beschließen: Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die aus Peking mitgeführten astronomischen Instrumente nach Peking zurückführen und zur Verfügung der chinesischen Regierung stellen zu lassen.

Ferner beschloß die Fraktion, bei demselben Etatstitel die Vorgänge in Südafrika zur Besprechung zu bringen.

In den anderen Fraktionen des Reichstages glaubt man offenbar, mit der Abgabe platonischer Erklärungen über die Instrumenten-Angelegenheit das Seinige gethan zu haben. Es freut uns, daß unser Vorschlag, die Zurückführung der Instrumente auf Kosten des Deutschen Reiches zu betreiben, wenigstens bei einer Fraktion auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Hoffentlich findet sich für den erfreulichen Antrag der Sozialdemokratie eine Mehrheit.

Die Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise Rastenburg-Gerdauen-Friedland für den verstorbenen Grafen Klinckowström ist nach einer Meldung der „Königsb. Hart. Ztg." auf den 18. März anberaumt worden. Die Konservativen haben bekanntlich den Provinzialvorsitzenden des Bundes der Landwirthe, Herrn v. Oldenburg-Januschau, aufgestellt, die Sozialdemokraten den Kaufmann Konig-Elbing.

Man hat es mit dieser Wahl sehr eilig. Graf Klinckowström ist am 26. Januar gestorben, und bereits sieben Wochen später soll sein Nachfolger erwählt werden; im Wahlkreise Breslau-West beträgt der Zeitraum zwischen dem Tode des Dr. Schönlank († 30. Oktober v. Js.) und dem Termin der Ersatzwahl nahezu zwanzig Wochen! Warum? Haben die Breslauer nicht dasselbe Recht auf Vertretung im Reichstage, wie die ostpreußischen Agrarier?

Die Niederlage des Akanthusblattes. Aus Elberfeld wird uns vom gestrigen Tage über die Beendigung der Brunnenaffaire geschrieben: Die traurig-berühmte Brunnenaffaire hat ihren Abschluß gefunden und zwar mit einer Niederlage der vereinigten Konservativen und Ultramontanen. Trotz aller muckerischer Verhetzung bleiben die Tritonen nackt und zeigen mit den verstümmelten Attributen der Männlichkeit den Fremden, wohin es der dumm-dreiste Fanatismus irregeleiteter Zerstörungswüthericht bringen kann. Daß die Hauptschreier nebenbei Antisemiten strengster Observanz waren, sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt. In erfreulicher Eintracht stimmten Freisinnige und Nationalliberale gegen den Antrag, den Tritonen an der Stelle, gegen die sich die perverse Sittlichkeit der lex-Heinze-Vandalen gerichtet hatte, ein Akanthusblatt anzuschrauben. Mit Festigkeit hielt der Oberbürgermeister an seinem einmal eingenommenen Standpunkt fest und stimmte mit den Freisinnigen für die Wiederherstellung der Tritonen. Da aber die Nationalliberalen mit Ausnahme eines einzigen nicht mitthaten, so fiel der Antrag auf Wiederherstellung ins Wasser, und Elberfeld wurde um eine Sehenswürdigkeit reicher. Vor dem Rathhause steht ein Brunnen mit barbarisch verstümmelten Tritonen als redendes Beispiel, wohin es kommt, wenn die Kunst unter die Muckerei geräth.

Eine neue Duellaffaire. In Beuthen O.-Schl. soll infolge eines Wortwechsels ein Hausbesitzer einem Bautechniker solch' schwere Beleidigungen zugefügt haben, daß sie nur mit Blut gesühnt werden konnten. Feindlich ging man auseinander. Tags darauf, nachdem sich die Gemüther beruhigt, erhält der Hausbesitzer eine Forderung auf Pistolen. 10 Schritt Distanz und Kampf bis zur Unfähigkeit eines Gegners an einem bestimmten Ort, zur festgesetzten Zeit. Als Sekundanten fungirten, nach der „Bresl. Morgen-Ztg.", zwei Lehrer des Ortes. Der Hausbesitzer soll den Sachverhalt dem königlichen Kreis-Schulinspektor vorgelegt haben. Ob das Ehrengericht der Hausbesitzer das Duell für „unvermeidlich" erklären wird?

Der geheime Marine-Erlaß. Gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts", Leid, ist wegen der Veröffentlichung des Tirpitz-Erlasses ein Verfahren wegen — — — Hehlerei eröffnet.

Ist das Stück Papier, auf dem der Erlaß im Original gestanden hat, aus dem Reichsmarine-Amt entwendet worden, und hat der Angeklagte diese „Sache" an sich gebracht? Oder sollte nicht nur eine Abschrift genommen sein, die vermeintlich gestohlene Sache aber, das Stück Papier mit dem Originalerlaß, noch im Reichsmarine-Amt vorhanden sein? Auf die Begründung und Durchführung der Anklage auf „Hehlerei" darf die gesammte Presse neugierig sein. Alle Blätter, ohne Unterschied der Partei, haben ein großes Interesse an dem Ausgange dieser Sache?

Photographien, die nicht zum Verkauf stehen, sondern nur (in den bekannten Schaukästen) dazu dienen, die Leistungsfähigkeit des Photographen zu bezeugen, sind nach einem neuen Urtheile des Kammergerichts keine „Waaren"; sie brauchen also an Sonntagen nicht verhängt zu werden.

Vatikanische Politik. Wie die „Frankf. Ztg." aus Rom erfährt, siegten die Intransigenten des Vatikans über die Christlichen Demokraten. In nächster Zeit werden alle Christlich-demokratischen Vereine aufgelöst werden. Die politische Bethätigung der Katholiken wird unter Aufsicht der Bischöfe gestellt. Außerdem wird noch allen Katholiken untersagt, mit Sozialdemokraten zu disputiren.

Die Angst vor dieser Diskussion ist ein Schwächebekenntniß ohne Gleichen.

Salisbury hat wieder einmal geredet, und wie es bei ihm und Chamberlain Brauch ist, recht ausführlich. Der langen Rede kurzer Sinn ist, daß die Regierung beabsichtigt, den Krieg bis aus Ende zu führen, daß sie aber trotzdem geneigt ist, den Frieden anzunehmen, falls ihr hierzu genügende Garantien gegeben werden.

Im übrigen hält es der englische Premierminister für schicklich, sich über die holländischen Vermittelungsversuche lustig zu machen. Wie tapfer!

Die offizielle Vertretung der Buren in Europa äußert sich in einer Kundgebung zu der Friedensvermittelungsaffaire. Es heißt darin:

„Wir haben mit Interesse die Mittheilung der niederländischen Regierung gelesen und die Antwort Englands. Wir erkennen die gute Absicht der niederländischen Regierung, dem unheilvollen Kriege ein Ende zu machen, an und wissen diese zu würdigen, ebenso wie wir alle Anstrengungen schätzen, einen solchen Frieden herzustellen, auf den wir ein Recht zu haben glauben. Selbstverständlich sind persönliche Beziehungen zwischen den Delegirten in Europa und den Regierungen in Afrika wünschenswerth. Die Behauptung, die Delegirten hätten keine Instruktionen von ihren Regierungen und hätten seit dem März 1900 keinen Einfluß mehr bei den Vertretern der Buren in Südafrika noch auch würden ihre Stimmen bei den Berathungen gehört, diese Behauptung ist nur aus der Thatsache abgeleitet, daß die Beglaubigungsschreiben von jenem Zeitpunkt datiren; es ist dies ein unzutreffender Schluß, wie ihn die englische Regierung so oft gezogen hat. Ganz abgesehen von den Mittheilungen und Instruktionen, welche von dem Präsidenten Krüger vor und nach seiner Ankunft und von Zeit zu Zeit von anderen übermittelt sind und unter Bezugnahme auf andere von England veröffentlichte Mittheilungen wird es genügen daran zu erinnern, daß, als im Juni 1901 die Rede von Friedensverhandlungen seitens der Regierung der südafrikanischen Republiken war, diese Regierungen deutlich bewiesen, daß sie in dieser Hinsicht nichts thun wollten, ohne den Präsidenten Krüger und die Delegirten um Rath zu fragen. Die englische Regierung kennt den historischen Zusammenhang, der Kabelverkehr in dieser Angelegenheit ging durch ihre Vermittelung. Seitdem ist nichts eingetreten, was die Vollmachten der Delegirten oder ihren Einfluß irgendwie beeinträchtigen könnte oder das den geringsten Grund zu der Behauptung der englischen Regierung abgeben könnte. Die Ablehnung des Vorschlages der niederländischen Regierung hat uns nicht überrascht, sie bestärkt unsere Meinung, die von unsern Mitbürgern in Afrika getheilt wird, daß nämlich seit dem Augenblicke, wo der Krieg von England provozirt wurde, und die Republiken zum Kampfe gezwungen wurden, keine Aenderung in der Politik der englischen Regierung eingetreten ist, die darauf ausging, alles daran zu setzen, um das Burenvolk auszurotten und so von Anfang an alle Bemühungen zum Scheitern zu bringen, die zu einem ehrenvollen Frieden für uns hätten führen können. Was die Hindernisse angeht, von denen die englische Regierung spricht, und den Hinweis darauf, daß die Hin- und Herreise der Delegirten drei Monate erfordern würde, so wird die Zukunft lehren, ob dieser Zeitraum im Interesse des Friedens für zu lang betrachtet werden müsse."

Die Fassung der Antwort der englischen Regierung hindert jeden Gedanken der Burendelegation, England um freies Geleit oder sonst etwas zu bitten.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatze. Ein total veraltetes Stück Papier erregt in London viel Freude. Es ist dies ein von Smuts an Louis Botha gerichteter und aus Ermelo, den 2. September 1901 datirter Brief, der aufgefangen wurde. Er ist heute amtlich veröffentlicht worden. Dieser Brief ist die Antwort Smuts' auf ein Schreiben Botha's, in welchem dieser Smuts von seinem Posten als Assistent des Generalkommandanten abseht, weil er die von Smuts für die Einäscherung von Bremersdorp angegebenen Gründe für ungenügend hielt. Smuts vertheidigt in dem Briefe die Einäscherung von Bremersdorp und führt dann aus, daß das Verbrennen außerhalb der Burengrenzen gelegener, vom Feinde für seine Zwecke benutzter Häuser gerechtfertigt sei, jeder Kriegführende würde dasselbe gethan haben. Smuts erklärt dann in dem Briefe des Weiteren, er habe Botha's Befehl erhalten, die Burenfrauen fortzuschicken und er sei, wenn die Engländer deren Uebernahme verweigern, dafür, die Frauen über die englischen Linien abzuschieben. Schließlich erbedt Smuts in dem Briefe energisch Widerspruch gegen seine Absetzung.

Seit dem 2. September haben die Engländer von den Buren so viel Prügel bekommen, daß es für sie nur blamabel ist, wenn dies trotz innerer Zwiste im Burenlager möglich war.

Ueber den famosen „General" Vilonel erfahren die „Leipz. Neuest. Nachr." noch interessante Einzelheiten. Die Zuschrift sagt:

Der Herr „Vilonel" ist es kaum werth, daß man sich mit ihm beschäftigt; da ich den Herrn jedoch persönlich gekannt habe, bin ich in der Lage, zur Strafer der Wahrheit das Folgende mittheilen: „Vilonel" lebte in den 80er Jahren in Senekal als Hotelbesitzer, und nachdem er als solcher Konkurs gemacht, wurde er zunächst Schreiber bei einem „Wetsagent" (das ist nicht ein Winkeladvokat, sondern ein Anwalt, der aber nur bei den niederen Höfen zum praktiziren zugelassen ist). Gleichzeitig war er Sekretär des Gemeindevorstandes und Marktmeister. Später assoziirte er sich mit einem gewissen „Kirchner", nicht Kitchener, und beide betrieben eine sog. „Wetsagentschap". Vilonel war ein ausgezeichneter Schütze, guter Reiter und war nach der Einnahme von Bloemfontein auf kurze Zeit Kommandant des Winburger Kommandos. Er benutzte jedoch die erste Gelegenheit, zu den Engländern überzugehen. Kurz darauf (Mai oder Juni 1900) wurde er von den Buren gefangen, als er mit Proklamationen von Lord Roberts im Lande umherreiste und die Buren zu bewegen suchte, englische Unterthanen zu werden, d. h. sie zum Hochverrath verleitete. Vom Kriegsgericht zum Tode verurtheilt, wurde er begnadigt, im Burenlager als Gefangener behalten, und gerieth bei der Gefangennahme von General Prinsloo bei Fouriesburg wieder in die Hände der Engländer. Seine Dankbarkeit für die ihm erwiesene Gnade bewies er dann dadurch, daß er sofort in die englische Armee eintrat.

Die englische Armee kann auf die Bundesgenossenschaft dieses Ehrenmannes und Patrioten stolz sein. Wehe aber ihm, wenn ihn die Buren zum zweiten Male fangen!

Neue Verlegenheiten in Westafrika erregen die Besorgniß der englischen Regierung. Nach weiteren in Bonny (Guinea) eingegangenen Nachrichten sind noch mehr der gegen die Aroßtämme operirenden englischen Truppenabtheilungen auf heftigen Widerstand seitens dieser Stämme gestoßen. Im Januar wurden auf englischer Seite vier weiße Offiziere verwundet, darunter zwei schwer, 5 eingeborene Soldaten getödtet und 20 verwundet.

Auch in Aegypten gährt es wieder.

„Daily Telegraph" meldet aus Kairo, ein britischer Convoy sei zu Beginn vorigen Monats in der Nähe von Rumbeh am oberen Nil von Dinkas geplündert worden. Ein englischer Offizier sei gefallen.

Schweidnitz, 5. Februar. Oberbürgermeister Thiele ist heute Nacht nach langem Leiden gestorben.

Madrid, 6. Februar. Das Militärprojekt, welches General Weyler vor der Kammer verlas, unterwirft auch die geistlichen Seminaristen und Mönche der allgemeinen Wehrpflicht. Das wird den frommen Herren bitter unangenehm sein.

Die Zolltarifkommission des Reichstags

setzte heute die gestern abgebrochene Debatte über die gemischten Transitläger (§ 9 des Zolltarifgesetzes) fort.

Der Berichterstatter für die Petitionen Abg. Speck (Ztr.) theilt mit, daß eine Anzahl Handelskammern, Königsberg, Danzig, Mainz, Kiel, Mannheim um Beibehaltung der gemischten Transitläger petitionirt haben, während sich der Bayerische Bauernverband dagegen erklärt hat. — Abg. Müller-Fulda (Zentrum) befürwortet den gestern schon eingebrachten Eventualantrag Heim, der inzwischen noch etwas modifizirt worden ist, und die Bewilligung und Fortbaltung der gemischten Transitläger davon abhängig machen will, daß von der Ausfuhr in den letzten drei Jahren mindestens die Hälfte wieder zur Ausfuhr gelangt. Er bittet, die Regierungsvorlage mit diesem Antrage anzunehmen, der dem Grundsatz ausgleichender Gerechtigkeit entspreche.

Direktor im Reichsamt des Innern Wermuth spricht sich entschieden gegen den Antrag aus, der dahin führe, auch die Transitläger von Königsberg und Danzig zu beseitigen. Die **Möglichkeit der Versorgung mit ausländischem Getreide sei z. B. für Baden absolut nothwendig,** da es **nur 128 Kilogramm pro Kopf** selbst produzire. Diese Versorgung würde durch Aufhebung des Mannheimer Lagers in Frage gestellt, ebenso würde der Außenhandel mit den Mittelmeerhäfen aufs äußerste gefährdet werden. — Badischer Ministerialdirektor Scherer stimmt Herrn Wermuth zu.

Zur Vertheilung gelangt das vom Grafen Posadowsky in der Sitzung vom 4. Februar mitgetheilte statistische Material über die gemischten Transitläger.

Abg. Dr. Spahn (Ztr.) erklärt, daß erst durch den Zusatz „in den letzten drei Jahren" für ihn der Antrag Heim annehmbar geworden ist. Er möchte aber doch noch eine andere Fassung vorschlagen, und zwar solle man statt „in den letzten drei Jahren" sagen „nach dem Durchschnitt der Zufuhr in den letzten drei Jahren". — Abg. Dreesbach (Soz.): Eine Folge der Annahme des Antrags Heim würde die Aufhebung der Transitläger in Mannheim sein, der Antrag bedeute also die schwerste Schädigung Badens und Süddeutschlands. Die zahlreichen Eingaben aus den letzten Tagen zeugen von der großen Beunruhigung über die hier gestellten Anträge. In der Grundtendenz unterscheide sich der Antrag Heim nicht von den Anträgen Schwerin und Frhrn. v. Hzgl. Selbst die Transitläger in Danzig und Königsberg seien gefährdet. — Abg. v. Kardorff (Rpt.) hält nach wie vor an dem Antrage Graf Schwerin fest. Er treffe damit, daß er nur an den Seeplätzen gemischte Transitläger zulassen wolle, das Richtige, und der Großhandel könne sich damit abfinden. — Abg. Fischbeck (frs. Vpl.): Der Großhandel könne sich nur so helfen, daß er über die Grenze gehe. Dadurch werde aber die am bisherigen Handel betheiligte Arbeit des Inlandes auf das Schlimmste geschädigt. Die Erklärungen der Regierung bewiesen doch, daß diese das größte Gewicht auf die Erhaltung der Läger in Mannheim und Straßburg lege. Straßburg habe allein 7 Millionen für Hafenanlagen ausgegeben, die seien verloren, wenn man seine Transitläger beseitige. Das Schicksal des Handels werde nach dem Vor-